

Rede Plenum PSt Dr. Krings

Vereinbarte Debatte zu den Ereignissen von Clausnitz und Bautzen

24. Februar 2016

Anrede,

In der vergangenen Woche haben uns die erschreckenden Vorfälle in den sächsischen Orten Clausnitz und Bautzen in Atem gehalten.

Und so erschütternd diese **jüngsten** Übergriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte auch sind, so stehen sie doch leider in einer Reihe mit inzwischen weit über 1.100 Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte seit dem 1.1.2015.

Diese Taten finden sich in allen Teilen Deutschlands - auch wenn sie in manchen Regionen gerade in den neuen Ländern in einer besonderen Häufung auftreten.

Diese Geschehnisse sind inakzeptabel.

Die aus diesen abscheulichen Taten sprechende **Menschenverachtung** kann von allen, die auch nur ein Mindestmaß an Empathie empfinden, nur **auf das Schärfste verurteilt** werden.

Wir werden nicht zulassen, dass Menschen, die in unserem Lande Schutz suchen, gefährdet und bedrängt werden, und zwar, egal, ob ihnen dieser Schutz nun dauerhaft zusteht oder nicht.

Es ist richtig: die Demonstrations- und Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut in der Demokratie. Und als Demokrat muss ich bereit sein, eine Menge an Dummheit und viel geistigen Unrat in der öffentlichen Debatte auszuhalten.

Es ist für mich aber schwer nachvollziehbar, was Menschen dazu treibt, ihren Protest nicht an die Adresse der Politik zu richten,

sondern sich als Mob zusammenzurotten und ihre Aggressionen gerade an den Menschen auszulassen, die bei uns Schutz suchen.

Offensichtlich erleben wir hier in manchen östlichen Regionen unseres Landes auch die Spätfolgen einer jahrzehntelangen, repressiven Abschottung in der Zeit bis 1989.

Aber ich misstrauere offen gestanden allen, die für diese Vorgänge (im Osten wie im Westen) mit allzu einfachen und einseitigen Erklärungen aufwarten!

Für mich ist vor allem wichtig, dass wir feststellen, dass nichts so falsch ist wie der verlogene Schlachtruf dieser Leute "Wir sind das Volk".

Die Menschen, die vor einem Vierteljahrhundert mit diesem Ruf ein demokratisches und vereintes Deutschland gegen die damals herrschende Diktatur einer Einheitspartei erstritten haben, waren von den Ideen der Freiheits- und Menschenrechten getragen.

Weiter weg von den Idealen dieser friedlichen Revolution des Herbst 1989 kann man sich nicht begeben, als in die Gesellschaft derer, die in Clausnitz, Bautzen und anderswo dumpf und zynisch genau diese Ideale mit Füßen treten.

Wir wissen, dass sich hier eben nicht „das Volk“ äußert.

Die Gewalttäter und Randalierern vor den Flüchtlingsheimen, aber auch der harte Kern von Pegida und Co. bilden in Wirklichkeit das, was sie anderswo gerne anprangern:

nämlich eine **Parallelgesellschaft** - mitten in unserem Land.

Sie bilden eine Parallelgesellschaft, weil sie grundlegende Regeln und Werte unseres Rechtsstaats ablehnen und damit das Fundament unserer Demokratie verlassen:

- Sie bekämpfen politische Entscheidungen nicht mit Worten, sondern mit Gewalt.
- Sie begegnen damit auch der parlamentarischen Demokratie mit Verachtung.
- Und sie verhöhnen diejenigen, die ihnen als

Repräsentanten unseres Staates

gegenübertreten

- seien es Feuerwehrleute oder Polizisten.

Es ist daher richtig und wichtig, dass wir hier im Deutschen Bundestag ein klares Bekenntnis dazu abgeben, denjenigen, die für uns und unseren Rechtsstaat tag- täglich ihren **Kopf** hinhalten, auch den **Rücken** stärken.

Das gilt für Polizisten und alle Einsatzkräfte, denen wir von Köln bis Clausnitz in diesen Monaten besondere Verantwortung und besonders schwierige Einsätze abverlangen.

Und natürlich gehört es zu einem Rechtsstaat, dass polizeiliches Handeln nötigenfalls zum Gegenstand einer dienstlichen oder richterlichen Überprüfung werden kann und soll.

Ich habe aber kein Verständnis dafür, wenn z.B. Mitglieder dieses Hauses Hunderte Kilometer entfernt vom Ort der schrecklichen Vorfälle meinen, sie könnten anhand einer 90-sekündigen Handy-Video-Sequenz **abschließend**

beurteilen, ob ein Polizeieinsatz fehlerhaft oder gar rechtswidrig gewesen sei.

Fairness und Respekt sollten wir
- im Konsens aller Demokraten -
auch im Umgang mit den Einsatzkräften der
Polizei zeigen.

Und: Wenn in diesen Wochen zurecht so viel davon gesprochen wird, wer alles nicht unter einen **Generalverdacht** gestellt werden soll, so plädiere ich dringend dafür, auch unsere Polizisten nicht mit einem solchen Generalverdacht zu überziehen.

Wir setzen zum einen auf Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte im Kampf gegen gewalttätige und hetzende Extremisten. Diesen Tätern begegnen wir mit **null Toleranz**. Ich erwarte daher, dass die zuständigen Behörden alle Straftaten, für die sich in Clausnitz, Bautzen oder anderswo ein Anfangsverdacht ergibt, mit aller Konsequenz verfolgen und dass die Täter **schnell** ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Aber auch die Verfassungsschutzbehörden spielen eine wichtige Rolle, wenn es um die Aufklärung möglicher Strukturen von flüchtlingsfeindlicher Kriminalität und aggressiv - kämpferischer Propaganda geht.

Dass sie diese Rolle auch effektiv ausüben können, setzt aber voraus, dass wir dem Verfassungsschutz dann auch die nötigen Ressourcen und Befugnisse für seine Arbeit geben!

Dass wir auf der Grundlage entsprechender Informationen hart und konsequent handeln, hat Bundesinnenminister Thomas de Maiziere mehrfach gezeigt.

Zuletzt etwa durch

- das Vorgehen gegen die Gruppe "Old School Society"
- oder das Verbot der rechtsextremistischen und aus- länderfeindlichen Internetplattform „Altermedia Deutschland“.

Das demokratische Engagement der Bürger unterstützt die Bundesregierung zum anderen mit

präventiven Maßnahmen

- beispielsweise mit Angeboten der politischen Bildung, deren Förderung in diesem Jahr noch einmal deutlich verstärkt wurde.

Leider aber können staatliche Fördergelder alleine eine Gesellschaft gegen Extremismus nicht immunisieren. Es kommt letztlich auf die **Menschen** an, die sich für Mitmenschlichkeit und Demokratie einsetzen.

Und hier sollten wir bei aller Erschütterung über die jüngsten Bilder von Gewalt und Hetze vor allem nicht an der **Stärke unserer Demokratie** verzagen.

Der Weimarer Republik, deren Geschichte uns in diesem Gebäude täglich umgibt, hat man nachgesagt, sie sei gescheitert, weil sie eine **Demokratie ohne Demokraten** gewesen sei. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass das Engagement vieler Bürger auch in der aktuellen Flüchtlingskrise beweist, dass die Bundesrepublik voller Demokraten ist.

Als Demokraten bieten wir den Extremisten die

Stirn!

Und wenn wir genau dazu in **dieser Debatte** einen Beitrag leisten wollen, dann können wir das, indem wir auf kleinliches Gezänk verzichten und stattdessen ein Zeichen der Entschlossenheit und der Geschlossenheit setzen!